

Dienstag 29. September 2020

Nummer 905

Der Newsletter als PDF

Die Stiftung auf







App der Robert Schuman Stiftung download über Appstore und Google Play

- Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung

Das Europa der Compliance, im Herzen der Welt der ZukunftFür eine Umgestaltung unserer europäischen Unternehmen und eine Steigerung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit

Autor: Amélie Giuliani-Viallard



Europa hinkt in der Entwicklung von Unternehmensethik und Compliance nicht hinterher, Konzepte, die es als Instrumente und Vektoren zur Förderung seiner Werte und Grundfreiheiten aufgegriffen hat, sind vorhanden. Durch den politischen Willen und eine echte Integration des Begriffs der Ethik und Verantwortung in den Kern unserer Rechtssysteme können diese Entwicklungen die europäischen Unternehmen bei ihrer Umwandlung und Entwicklung

in der künftigen Welt begleiten. **Fortsetzung**

Übersicht

Leitartikel Frankreich-Deutschland Neuigkeiten Stiftung Veröffentlichung/Schuman Bericht - Belarus - Gesundheit/Europa Europäischer Rat: UN Kommission: Migration/Asyl - Finanzen/Digitales - Kapitalmarkt -Apple/Steuern Rat der Europäischen Union: Zukunft/EU - Arbeitslosigkeit/SURE -Handel Diplomatie: Iran Gerichtshof: Nukleares - Vermietung/Wohnung EU-Rechnungshof: Digitales Europäische Agenturen: Europol Deutschland: Haushalt -Neustart Belgien: Regierung? Frankreich: Senatswahlen - Litauen/Lettland Italien: Referendum/Wahlen Rumänien: Wahlen Großbritannien: Kosten/No Deal -Brexit/Freizügigkeit Unrechtmäßigkeit Belarus : Aufruf/Demokratie Abstimmung/EU Europäischer Menschengerichtshof : Polen Armenien : Berg-Karabach Berichte / Studien : Gesundheit/Europa - Drogen Kultur: Photo/Madrid - Festival/Rom - Festival/Berlin - Ausstellung/Warschau -Kunst/Paris - Ausstellung/Prag

Agenda | Andere Versionen | Kontakt

Neuigkeiten:

Mamma Li Turchi



Ob in Syrien, Libyen oder der Region Berg-Karabach, Ankara ist zu einem destabilisierenden Akteur geworden. Es gibt wieder einmal eine "türkische Frage", die die NATO, Europa und den Mittelmeerraum betrifft. Die Europäer werden Wege finden müssen, die es ermöglichen,

die Aggressionen der Türkei einzudämmen, um sie zu Gesprächen mit ihren Partnern zu bewegen, bevor die Türkei immer brutaler vorgeht... Fortsetzung

Stiftung:

Die Wiederbelebung der europäischen Integration durch das deutsch-französische Duo Am 29. September wird Jean-Dominique Giuliani an einer online übertragenen Debatte über das deutsch-französische Duo teilnehmen. Diese Debatte, die vom Jean-Monnet-Zentrum der Universität Sciences Po Straßburg organisiert wird, widmet sich der Rolle



des deutsch-französischen Duos bei der Vorbereitung und Annahme des europäischen Sanierungsplans und ihrer künftigen Rolle beim Aufbau Europas... Fortsetzung

Der "Schuman-Bericht über Europa, Zustand der Union 2020"



Die Ausgabe 2020 des "Schuman-Berichts über Europa, den Stand der Union", ein Nachschlagewerk für europäische Entscheidungsträger, ist jetzt in französischer Sprache in gedruckter Form erschienen, herausgegeben von Marie B. Er ist auch in elektronischer Form in Französisch und Englisch verfügbar. Mit Beiträgen von führenden Persönlichkeiten und Experten, mit Originalkarten und kommentierten Statistiken, bietet dieser einen

umfassenden Überblick über die Europäische Union und analysiert die Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht. Sie können den Bericht auf unserer Seite bestellen.. Fortsetzung

Andere Links

Belarus: Chronologie einer Revolution



Seit den "manipulierten" Präsidentschaftswahlen vom 9. August protestiert das belarussische Volk gegen die fortgesetzte Herrschaft von Alexander Lukaschenko. Während sich die Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja in Litauen im Exil befindet und die

Verhaftungen von Oppositionellen und die Polizeigewalt anhalten, ruft die Europäische Union zum politischen Dialog auf und bereitet Sanktionen gegen das Regime vor. Um diese Krise zu verfolgen, bietet Ihnen die Stiftung eine Chronologie der Ereignisse und Links zu europäischen Reaktionen und Initiativen... Fortsetzung

Übersicht zu den Gesundheitsmaßnahmen und Reisebedingungen in Europa



Die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union versuchen die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Aktivitäten zu bestimmen, ohne dass die Epidemie erneut ausbricht. Die Stiftung bietet Ihnen eine Zusammenfassung der Gesundheitsmaßnahmen vor Ort und der Reisebedingungen in ganz Europa an. Eine unverzichtbare Ressource,

die regelmäßig aktualisiert wird, um die nun beginnende Zeit zu verstehen... Fortsetzung

Europäischer Rat:

Die UNO wird 75 Jahre alt



Am 22. September eröffnete António Guterres, Generalsekretär der (UNO), Vereinten Nationen die virtuelle Sitzung Generalversammlung. Anlässlich ihres 75-jährigen Bestehens, das die UNO in diesem Jahr feiert, hielt der Präsident des Europäischen Rates

Charles Michel am 21. September eine Rede, in der er den "multilateralen Eid" der Europäischen Union bekräftigte... Fortsetzung

Andere Links

Kommission:

Neuer Pakt zu Migration und Asyl



Die Kommission stellte am 23. September ihren Pakt zu Migration und Asyl vor. Es sieht eine Vorabkontrolle vor der Einreise in das Gebiet der Europäischen Union vor, einschließlich der Identifizierung aller Personen Aufenthaltsrecht ohne durch die Eurodac-Datenbank.

Mitgliedstaat wird sich dann an den Bemühungen um die Verteilung oder Rückführung, der Antragsteller, beteiligen müssen. Vorgesehen sind außerdem ein europäischer Rechtsrahmen für die Rückkehr mit der Ernennung eines Koordinators, ein Aktionsplan für Integration und Eingliederung 2021-2024, ein Verhaltenskodex für die Seenotrettung und neue maßgeschneiderte Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern... Fortsetzung

Neue Maßnahmen für die digitale Finanzwelt



Am 24. September präsentierte die Kommission legislative Maßnahmen und Vorschläge zur Anpassung der europäischen Regeln an das digitale Zeitalter, um die digitale Finanzwelt sicherer und effizienter zu gestalten. Der Digital Operational Resilience Act (DORA) ist die erste europäische Gesetzgebung, die Kryptoaktiva, d.h. elektronisch

austauschbare digitale Geschäfte regelt. Zu den Maßnahmen, die auf einen Binnenmarkt für digitales Finanzwesen abzielen, gehören ein besserer Datenaustausch, der grenzüberschreitende Zugang der Verbraucher

Finanzprodukten, das Entstehen europaweiter Zahlungslösungen und die Einrichtung von Schutzvorkehrungen, um Cyber-Angriffe und andere von der digitalen Technologie ausgehende Risiken abzuschwächen... Fortsetzung

Andere Links | Andere Links

Entwicklung des einheitlichen Kapitalmarktes



Der von der Kommission am 24. September vorgestellte Aktionsplan zielt darauf ab, die verbleibenden Hindernisse für einen echten Kapitalbinnenmarkt zu beseitigen und gleichzeitig Investitionen und den Zugang zu Finanzmitteln für europäische kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu fördern. Unter den 16 angekündigten

Maßnahmen will die Kommission Eigenkapitalinvestitionen von Versicherern und Banken unterstützen, alternative Finanzierungen und finanzielle Bildung fördern, Insolvenzvorschriften harmonisieren, eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmensdaten schaffen und die Angemessenheit der Renten in den Mitgliedstaaten verbessern... Fortsetzung

Apple vs. Kommission



Die Kommission kündigte am 25. September an, dass sie gegen die Entscheidung des EU-Gerichts vom 15. Juli Berufung einlegen wird. Das Urteil erklärte die Rückzahlung von Steuervorteilen in Höhe von 13 Milliarden Euro durch Apple an Irland für nichtig, welche von der Kommission gefordert wurden... Fortsetzung

Andere Links

Rat der Europäischen Union:

Treffen der Minister für Europäische Angelegenheiten



Die Minister für europäische Angelegenheiten trafen sich am 22. September in Brüssel, um die Tagung des Europäischen Rates am 1. und 2. Oktober vorzubereiten. Die Diskussionen wurden von den Verhandlungen über den nächsten Haushalt dominiert. Darüber hinaus

forderten sie, in Anwesenheit von Michel Barnier, dass Großbritannien den umstrittenen Gesetzentwurf zum Binnenmarkt zurückzieht. Sie hielten auch das Verfahren nach Artikel 7 wegen Verletzung der Verträge gegen Ungarn und Polen aufrecht... Fortsetzung

Finanzielle Hilfe zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit



Der Rat billigte am 25. September eine Finanzhilfe in Höhe von 87,4 Milliarden Euro aus dem SURE-Programm, das darauf abzielt, die Risiken der Arbeitslosigkeit während der Pandemie in 16 Mitgliedsstaaten zu mindern. Diese Beihilfen ermöglichen es, den

Anstieg der öffentlichen Ausgaben in den Mitgliedstaaten auszugleichen, welcher sich aus dem Rückgriff auf nationale Kurzarbeitsprogramme ergibt... Fortsetzung

Treffen der Handelsminister



Die Handelsminister trafen sich am 20. und 21. September in Berlin zu einer informellen Sitzung, um die Neuausrichtung der Handelspolitik der Kommission zur Bewältigung der Folgen der Covid-19-Krise, die Lage der Stahlindustrie, die Zusammenarbeit mit der WTO und die

Ernennung ihres künftigen Generaldirektors zu erörtern... Fortsetzung

Diplomatie:

Frankreich, Deutschland und Großbritannien verteidigen den iranischen Atomdeal



Am 20. September reagierten Frankreich, Deutschland und Großbritannien (E3) gemeinsam auf das Ersuchen der USA, die multilateralen Sanktionen gegen den Iran wieder einzuführen, die 2015 in Übereinstimmung mit der Resolution 2231 des UN-Sicherheitsrates

aufgehoben wurden. Die drei Länder erklärten, dass die USA, die seit dem 8. Mai 2018 nicht mehr Mitglied des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (JCPOA) sind, die Wiedereinführung von Sanktionen auf der Grundlage von Absatz 11 der Resolution nicht beantragen können, da dies "ohne Rechtswirkung" wäre... Fortsetzung

Gerichtshof:

Die Entscheidung der Europäischen Kommission, die staatliche Beihilfe Großbritanniens



für den Bau eines Atomkraftwerks zu genehmigen, wurde vom Gerichtshof in einem Urteil vom 22. September bestätigt. Österreich hinterfragte die Rechtmäßigkeit der Genehmigung, da diese, nach österreichischer Lesart, dem Umweltschutz und dem Binnenmarkt zuwiderläuft. Der Gerichtshof stellte fest, dass der Umweltschutz die

Freiheit eines Mitgliedstaates, Kernenergie als Energiequelle zu nutzen, nicht in Frage stellt... Fortsetzung

Bekämpfung des Wohnungsmangels



Die Vermietung von Kurzzeitwohnungen ohne festen Wohnsitz kann gemäß einem Urteil des Gerichtshofs vom 22. September von der vorherigen Genehmigung der örtlichen Behörden abhängig gemacht werden, wie dies im nationalen Recht vorgesehen ist. Dieses Urteil ist

Teil des Kampfes gegen den Wohnungsmangel und folgt auf die Verurteilung zweier Pariser Vermieter durch das Pariser Berufungsgericht. Die beiden Vermieter hatten ihre Wohnungen für kurze Zeit an vorübergehende Kunden vermietet, ohne die örtlichen Behörden vorher zu benachrichtigen, wie es das französische Bau- und Wohnungsgesetz vorsieht... Fortsetzung

EU-Rechnungshof:

Bewertung der digitalen Unterstützung für Unternehmen



Der Rechnungshof veröffentlichte am 22. September einen Bericht über die Initiative der Kommission "Going digital for European enterprises" aus dem Jahr 2016. Die Prüfer heben die großen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen großen und kleinen Unternehmen

hervor. Insbesondere fordern sie eine bessere Nutzung der EU-Fonds für regionale Entwicklung und für digitale Entwicklung. Außerdem fordert man die Kommission auf, ihre Überwachung zu verstärken, zum Beispiel durch die Einrichtung digitaler Innovationscluster, um Unternehmen zu unterstützen und sie zur Einführung von Breitbandanschlüßen zu ermutigen... Fortsetzung

Europäische Agenturen:

Operation gegen den Verkauf von illegalen Produkten im Dark Web



Das US-Justizministerium und die europäische Agentur Europol gaben am 22. September die Verhaftung von 179 mutmaßlichen Verkäufern von Opiaten und illegalen Waren im Dark Web, in den USA und Europa, bekannt. Als Ergebnis dieser gemeinsamen Operation wurden 5,5 Millionen Euro in bar und digitaler Währung, 500 Kilo Opiate und rund

60 Schusswaffen von der Polizei beschlagnahmt... Fortsetzung

Andere Links

Deutschland:

Deutscher Haushalt für 2021 bricht mit der schwarzen Null



Am 23. September billigte die deutsche Regierung den von Finanzminister Olaf Scholz vorgeschlagenen Haushalt für 2021. Der Haushalt 2021 beläuft sich auf 413,4 Milliarden Euro, von denen 55 Milliarden Euro für Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft

ausgegeben werden. Dieser Haushalt, der zum Teil durch ein Darlehen von 96,2 Milliarden Euro finanziert wird, verstößt gegen die Verfassungsbestimmung, die es der Bundesregierung untersagt, eine Neuverschuldung, die höher als 0,35% des BIP ist, zu erlauben, es sei denn, die Mehrheit des Bundestages erkennt eine außergewöhnliche Notsituation an. Die Regierung plant, bis 2022 wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen... Fortsetzung

Deutsche Wirtschaft erholt sich



Am 22. September veröffentlichte das Münchner Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) eine Analyse zur Erholung der deutschen Wirtschaft. Seinen Prognosen zufolge wird das deutsche BIP im Jahr 2020 voraussichtlich um 5,2% schrumpfen, gegenüber 6,7%, die zuvor

erwartet wurden. Unter der Voraussetzung, dass es keinen zweiten Lockdown geben wird, prognostiziert das Ifo-Institut, dass die deutsche Wirtschaft im vierten Quartal 2021 aufholen könnte und dass das Wachstum im Jahr 2022 mit rund 1,7% pro Jahr stabil bleiben würde... Fortsetzung

Neue Personen zur Regierungsbildung in Belgien



Am 23. September beauftragte der belgische König Philipp Alexander De Croo (Open VId) und Paul Magnette (PS) mit der Bildung der belgischen Regierung nach den Wahlen vom 26. Mai 2019. Der Bericht der beiden Vorgänger Egbert Lachaert (Open VId) und Conner Rousseau

(sp.a.) war von 7 Parteien angenommen worden. Die mit der Regierungsbildung betrauten Personen sollen dem König ihren Bericht "so schnell wie möglich" vorlegen. Die Parteien der so genannten "Vivaldi"-Koalition haben angekündigt, dass sie ihre Regierungsvereinbarung am 1. Oktober dem Parlament vorlegen wollen, wo sie über eine Mehrheit von 87 zu 150 Sitzen verfügen... Fortsetzung

Andere Links

Frankreich:

Ergebnisse der Senatswahlen in Frankreich



Nach der Teilerneuerung des Senats am 27. September hat sich das politische Gleichgewicht nicht verändert. Eine neue Gruppe könnte gegründet werden, die sich unter dem Themenkomplex Europa Ökologie-Grüne versammelt . Alain Cadec, Sonderberater der Stiftung und Präsident des Departementrats von Côtes d'Armor, wurde zum Senator gewählt... Fortsetzung

Andere Links

Reise nach Lettland und Litauen



Der französische Präsident Emmanuel Macron besucht am 28. und 29. September Litauen und Lettland. Der erste Tag des Treffens endete mit einem gemeinsamen Vorschlag von Frankreich, Litauen und Lettland für

einen "gemeinsamen Wahlschutzmechanismus". Das Projekt sieht die Schaffung eines Netzwerks von Cybersicherheitsexperten in der EU nach dem Vorbild von Frontex und RescEU vor, der Mitgliedstaaten, die dies wünschen, bei der Absicherung nationaler und europäischer Wahlen unterstützen könnte. Weitere Punkte auf dem Programm der Reise: ein Besuch bei den 300 französischen Soldaten, die seit diesem Sommer im Rahmen einer NATO-Mission in Rukla stationiert sind, sowie Gespräche mit den baltischen Regierungschefs und der Hauptfigur der belarussischen Opposition, Swetlana Tichanowskaja, über die Lage in Belarus... Fortsetzung

Italien:

Verringerung der Zahl der Parlamentarier und Ergebnisse der Regionalwahlen



Beim Verfassungsreferendum am 20. und 21. September stimmten die italienischen Wähler mit 69,64% Ja-Stimmen für eine Verringerung der Zahl der Parlamentsmitglieder. Die Zahl der Parlamentarier soll von 945 auf 600 reduziert werden. Was die gleichzeitig stattfindenden Regionalwahlen betrifft, so gewinnt die Demokratische Partei (PD), die

in einer Koalition mit der 5-Sterne-Bewegung regiert, drei Regionen (Toskana, Apulien und Kampanien), während die Mitte-Rechts-Extrem-Rechte-Einheitsfront in zwei Regionen die meisten Stimmen erhält, in denen sie bisher die stärkste Kraft stellten (Venetien und Ligurien). Außerdem gewinnt die Einheitsfront die Region Marken hinzu. Die Liga kommt im Aostatal auf den ersten Platz... Fortsetzung

Andere Links

Rumänien:

Ergebnisse der Kommunalwahlen



Am 27. September wurden die Rumänen zu den Urnen gerufen, um die Mitglieder aller lokalen Regierungsbehörden zu erneuern. Laut Umfragen gewann in Bukarest Nicuşor Dan, ein unabhängiger Kandidat, der von der Mitte-Rechts-Allianz, PNL und USR PLUS unterstützt wird, die Wahl mit (47,2%). Auf nationaler Ebene lag die Wahlbeteiligung bei 46%, gegenüber 48,43% im Jahr 2016. Für politische Beobachter sind die

Wahlen ein Test für die am 6. Dezember geplanten Parlamentswahlen... Fortsetzung

Andere Links

Großbritannien:

Ein Brexit ohne Abkommen wird für die Briten teuer.



Am 22. September veröffentlichte das Forschungszentrum "UK in a changing Europe" einen Bericht über die Auswirkungen eines Brexits ohne Abkommen, welcher nach Schätzungen des Forschungszentrums für die britische Wirtschaft dreimal so teurer werden wird wie die Covid-

19-Pandemie. Der Bericht weist auf kurzfristige Störungen wie z.B. Verzögerungen beim Zoll hin, doch sind vor allem langfristige Auswirkungen zu befürchten. Die Studie prognostiziert Kosten in Höhe von etwa 5,7% des BIP über 15 Jahre. Der Bericht erscheint zu einer Zeit, in der die Verhandlungen mit der EU ins Stocken geraten sind,

insbesondere wegen des Entwurfs eines "Binnenmarktgesetzes", das gegen das im Oktober 2019 unterzeichnete Austrittsabkommen verstößt... Fortsetzung

Andere Links

Ein Brexit ohne Abkommen würde zu enormen Störungen der Freizügigkeit führen



Am 23. September stellte Staatssekretär Michael Gove dem britischen Parlament die verschiedenen Szenarien vor, die die britische Regierung für das Ende der Übergangszeit mit der Europäischen Union vorsieht. Im Falle eines Brexit ohne Abkommen warnte er, dass 50 bis 70% der

großen Unternehmen und nur 20 bis 40% der kleinen Unternehmen für ein solches Szenario gerüstet sind. Dies würde zu einer 60-80%igen Verringerung des Straßengüterverkehrs zwischen der Europäischen Union und Großbritannien, im Vergleich zu den bisherigen Zahlen des Monats Januar, führen. Lastwagen, die die notwendigen Formalitäten nicht erledigt haben, laufen Gefahr, andere zu blockieren und Warteschlangen von bis zu "7.000 Lastwagen in Kent" zu verursachen... Fortsetzung

Andere Links

Belarus:

Europäische Weigerung, Alexander Lukaschenko als Präsident anzuerkennen



Am 24. September reagierte der Hohe Vertreter der Union für Außenund Sicherheitspolitik, Josep Borrell, auf die "Vereidigung" am 23. September in Minsk, indem er erklärte, dass "diese Zeremonie und das neue Mandat, das Alexander Lukaschenko beansprucht, keine

neue Mandat, das Alexander Lukaschenko beansprucht, keine demokratische Legitimität haben". Diese Erklärung folgt auf die belarussischen Präsidentschaftswahlen vom 9. August, deren Ergebnisse von der Europäischen Union nicht anerkannt werden und gegen die ein erheblicher Teil der belarussischen Bevölkerung jeden Sonntag demonstriert... Fortsetzung

Litauen, Polen und Rumänien legen Hilfsplan für ein demokratisches Belarus vor



Am 21. September veröffentlichte der litauische Präsident Gitanas Nausėda einen Wirtschaftshilfeplan, der mit Polen und Rumänien ausgearbeitet wurde, um dem "demokratischen Belarus" zu helfen. Die drei Länder schlagen eine präferenzielle Handelsregelung zwischen der

Europäischen Union und Belarus, die Möglichkeit für Belarussen, ohne Visum in die Union einzureisen, und die Unterstützung des Antrags des Landes auf WTO-Beitritt vor. Dieser Plan wird den europäischen Partnern, von Litauen, Polen und Rumänien, auf der Tagung des Europäischen Rates am 1. und 2. Oktober vorgestellt... Fortsetzung

Andere Links

Schweiz:

Ergebnis des Referendums über die Volksinitiative "Für eine moderate Zuwanderung".



Am 27. September lehnten die Schweizer Bürgerinnen und Bürger die von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) organisierte Volksinitiative "Für eine moderate Zuwanderung" mit 61,7% der Stimmen ab. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen,

begrüßte dieses Ergebnis noch am selben Tag und sagte, sie warte darauf, dass der Schweizerische Bundesrat die notwendigen Schritte unternehme, um das mit der Europäischen Union ausgehandelte institutionelle Rahmenabkommen 2018 zu unterzeichnen und zu ratifizieren... Fortsetzung

Andere Links | Andere Links

Europäischer Menschengerichtshof:

Das Gericht beschäftigt sich mit dem Disziplinarverfahren gegen einen polnischen Richter



Am 21. September forderte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Polen zu einer Stellungnahme zum Verfahren gegen den polnischen Richter Igor Tuleya, eine der kritischsten Stimmen im Rahmen der Justizreformen des Landes, auf. Diese Reform stärkte die exekutive und legislative Kontrolle über die Justiz und ermöglichte die

Sanktionierung von Richtern für ihre Gerichtsentscheidungen. Igor Tuleya reichte seine Petition im April 2019 ein und behauptete, dass die sieben gegen ihn angestrengten Disziplinarverfahren seinem Ruf geschadet hätten. Die Internationale Juristenkommission hatte im Juni die Beendigung des Verfahrens gegen Igor Tuleya gefordert... Fortsetzung

Andere Links

Armenien:

Spannungen in der Region Berg-Karabach

Am 27. September brachen in der separatistischen Region Berg-Karabach zwischen Armenien und Aserbaidschan Kämpfe aus, die bisher 95 Todesopfer forderten. Die



Region Berg-Karabach kündigte die allgemeine Mobilisierung ihrer männlichen Bevölkerung an, Armenien und Aserbaidschan erklärten das Kriegsrecht. Der bewaffnete Konflikt in dieser Region hatte zwischen 1988 und 1994 mehr als 30.000 Tote gefordert und 1,5 Millionen

Menschen zur Flucht gezwungen. Am 28. September beantragte Armenien beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einstweilige Maßnahmen gegen Aserbaidschan. Der Hohe Vertreter der EU, Josep Borrell, führte Gespräche mit den Außenministern Armeniens und Aserbaidschans und forderte am 29. September einen Stopp der ausländischen Einmischung und ein Ende der kriegerischen Zusammenstöße... Fortsetzung

Andere Links | Andere Links

Berichte / Studien:

Intensivierung des Kampfes gegen Covid



Am 24. September forderte die Kommission die Mitgliedstaaten auf, den Kampf gegen Covid-19, auf der Grundlage der Schlussfolgerungen des am selben Tag veröffentlichten Berichts des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, zu intensivieren. Der

Bericht warnt die Mitgliedstaaten davor, dass die Infektionsrate steigt und die Immunitätswerte auf europäischer Ebene 15 % nicht überschritten haben. Die Kommission fordert mehr Tests, eine bessere Rückverfolgung von Kontakten, einen besseren Zugang zu Schutzkleidung und Medikamenten und eine Erhöhung der Kapazitäten in den Krankenhäusern während der Wartezeit auf einen Impfstoff... Fortsetzung

Andere Links

Zunahme des Drogenkonsums



Ein am 22. September von der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) veröffentlichter Bericht zeigt, dass Drogenkonsum und -produktion in Europa zunehmen und sich diversifizieren. Der Cannabiskonsum ist immer noch am weitesten

verbreitet vor dem Konsum von Drogen wie MDMA und Kokain. Die Zeit des Lockdowns hat die Entwicklung von Hausverkäufen, über soziale Netzwerke und das Darknet begünstigt. Der Opioidkonsum unter den über 50-Jährigen hat ebenfalls zugenommen... Fortsetzung

Kultur:

Festival PHotoESPAÑA in Madrid



Vom 29. September bis 9. Januar präsentiert das Festival PHOTESPA \tilde{N} A in Madrid die neuesten Trends in der Fotokunst. Präsentiert werden die Ausstellungen "Foto No Foto" und "Lee Friedlander" sowie eine Open-

Air-Projektion mit dem Titel "Ondulación en sombra", die sich mit der metaphorischen Kraft von für den Menschen unzugänglichen Naturräumen beschäftigt... Fortsetzung

Andere Links

Romaeuropa Festival 2020



Die 35. Ausgabe des Festivals Romaeuropa, das der zeitgenössischen italienischen Welt gewidmet ist, findet noch bis zum 22. November statt. Auf dem Programm stehen 62 Veranstaltungen, wobei von Theateraufführungen über Filmvorführungen bis hin zu Tanzvorführungen an 14 Schauplätzen alles aufgeführt wird. In diesem Jahr wird das Angebot des Festivals durch eine Online-Rubrik mit 40 speziell für das Web

konzipierten Veranstaltungen bereichert... Fortsetzung

Festival of Lights in Berlin



Das Berliner Festival of Lights kehrt für eine Sonderausgabe vom 2. bis 4. Oktober zurück in die Hauptstadt, um den Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober zu feiern. Auf dem Programm stehen 90 Lichtspiele, verteilt auf 86 Orte in Berlin, die zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr zu bewundern sind... Fortsetzung

Jerzy Kalinas "vergifteter Brunnen" in Warschau.



Bis zum 8. November wird der Haupthof des Nationalmuseums in Warschau in einen Ausstellungsraum für eine Skulptur von Johannes Paul II.verwandelt, die von dem zeitgenössischen Künstler Jerzy Kalina erschaffen wurde. Die Installation erinnert an den hundertsten Jahrestag der Geburt dieses Papstes, einer sehr wichtigen Persönlichkeit in Polen... Fortsetzung

Nuit Blanche in Paris



Am 3. Oktober findet in Paris die Nuit Blanche statt, bei der die Besucher die Stadt und prestigeträchtige Orte, mit einem besonderen Schwerpunkt auf zeitgenössischer Kunst, neu entdecken können. Aus diesem Anlass haben viele Museen und Kultureinrichtungen die ganze Nacht lang kostenlos geöffnet... Fortsetzung

Andere Links

"Rembrandt: Porträt eines Mannes" in Prag



Die Nationalgalerie in Prag präsentiert in Zusammenarbeit mit dem Wallraf-Richartz-Museum aus Köln bis zum 31. Januar 2021 eine dem Maler Rembrandt Van Rijn gewidmete Ausstellung. Rund 100 Leihgaben aus regionalen und internationalen Museen und Galerien sind zu sehen... Fortsetzung

Agenda:



27. bis 28. September 2020

Videokonferenz der G20-Energieminister

Sep

28. September 2020

Videokonferenz der Minister für Verkehr, Telekommunikation und Energie

Informelle Videokonferenz der Tourismusminister



29. September 2020

Brüssel

Rat Wettbewerbsfähigkeit

Berlin

Informeller Rat für Entwicklung



30. September bis 01. Oktober 2020

Berlin

Informeller Rat Umwelt



01. bis 02. Oktober 2020

Brüssel

Sondertagung des Europäischen Rates



03. Oktober 2020

Tag der Deutschen Einheit



05. Oktober 2020

Luxemburg Eurogruppe

Berlin

Informelles Treffen der Energieminister

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:









Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ; Jérémy Cottrez, Thomas Hinzelin, Florian Da, Julian Parodi

Chefredakteur : Eric Maurice Publikationschef : Pascale Joannin

N° ISSN: 2729-6482

Kontakt / Anmerkungen info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident: Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}